

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mtl.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebenzeilige Postzelle oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 73.

Mittwoch, den 30. März 1921.

28. Jahrgang.

Last Euch nicht provozieren!

An die organisierten Arbeiter Lübecks!
Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte!

Die V. A. P. D. hat der Arbeiterschaft in Hamburg und in Mitteldeutschland ein blutiges Osterfest beschert; Proletarierleichen wurden auf dem Altar Moskaus zu hunderten geopfert.

Aber Moskau ist unerfättlich, es dürstet wie der alte Moloch immer aufs neue nach Menschenblut. Auch in Lübeck soll jetzt die Arbeiterschaft aufgepeitscht werden; gewissenlose Heher hoffen die Erregung dann zu eigenen Zwecken mißbrauchen zu können. Was fragen diese Leute nach Blut, solange es nicht das ihre ist?

Schmutzig-kläglich Flugblätter reizen die Arbeiter zu Gewalttaten auf; sie berufen ferner eine Versammlung ein zu Donnerstag, den 31. März.

Wir fordern alle Arbeitnehmer Lübecks auf, am morgigen Tage an keiner Zusammenkunft teilzunehmen, und sich unter keinen Umständen zu irgendwelchen Unbesonnenheiten hinreißen zu lassen.

Bewahrt die Ruhe!

Ausstreifungen dienen nur der Reaktion!

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei. Der Vorstand des Ortsausschusses.

Der Hauptsitz der Kommunisten von der Polizei genommen.

Der Generalstreik mißglückt.

Die Streiklage im Ruhrgebiet.

III. Essen, 29. März. Die Streiklage im Ruhrbergbau hat eine wesentliche Änderung nicht erfahren. Im westlichen Teil des Reviers ist alles ruhig, nur in Gelsenkirchen und im linksrheinischen Gebiet sind Arbeitseinstellungen von einigermaßen beträchtlichem Umfange zu verzeichnen. Die Gesamtzahl der streikenden Bergleute in der heutigen Morgenschicht beträgt nach den bisherigen Ermittlungen rund 15 000, also 5 Proz. der Morgenschicht.

III. Bochum, 29. März. Die Belegschaft der Zeche Präzident ist der Streikparole, die von radikaler Seite ausgegeben wurde, gefolgt und heute nicht eingefahren. Die Belegschaft der übrigen Zechen und der Fabriken im Bochumer Bezirk arbeiten durchgehend. Im Gelsenkirchener Bezirk wird mehr gearbeitet als am Sonnabend. Im übrigen ist alles ruhig verlaufen.

Geringe Streikneigung in Sachsen.

III. Dresden, 29. März. Die Streiklage in Sachsen ist im Allgemeinen ruhig. In der Oberlausitz und in Hirschfeld herrscht keine Streikstimmung. In Leipzig und Dresden ist der Generalstreikparole keine Folge geleistet worden. Ueberall wird gearbeitet, nur im Gaswerk Lindenau ist ein Teil der Arbeiter ausgeschieden. In Delsnig sind dem Drängen der Allgemeinen Arbeiterunion der kommunistischen Partei Deutschlands sowie der kommunistischen Arbeiterpartei folgend heute früh eine große Anzahl Bergarbeiter in den Streik getreten.

Die Leuna-Werke im Besitze der Polizei.

III. Leipzig, 29. März. Wie der „Telegraphen-Union“ von amtlicher Seite mitgeteilt wird, sind die Leuna-Werke bei Halle heute vormittag in der zehnten Stunde von der Schutzpolizei im Sturm genommen worden. Bisher wurden über tausend Gefangene eingebracht.

In der Nacht schon waren die Hauptarbeitsführer und viele Bewaffnete aus dem Werk geflohen, weshalb daselbst nach kurzer Gegenwehr sich ergab. 800 Gewehre und 9 Maschinengewehre wurden erbeutet. Die kommunistische Besatzung verlor etwa 60 Tote, die Verluste der Schupo sind gering.

Die Lage am und in Halle.

III. Halle, 30. März. Zahlreiche geschlagene Banden aus dem Mansfelder Revier haben sich bei Gempden festgesetzt und den Bahnhof zu einem Bollwerk ausgebaut. Eine Hundertschaft der Polizei, die gegen Gröbers eine gewaltsame Erkundung vornahm,

geriet in schweres Maschinengewehrfeuer. Infolgedessen mußte dieser Vorstoß einstweilen aufgegeben werden. Die beiden Offiziere, die den Vorstoß leiteten, fielen. Ferner blieben noch zehn Mannschaften der Polizei im feindlichen Maschinengewehrfeuer. Gegen das neue Nest des Aufstandes ist eine umfassende Bewegung eingeleitet worden.

Zuspitzung der Lage in Halle.

III. Halle, 30. März. Gestern nachmittag überzog sich der Generalstreik auch auf das Elektrizitätswerk. Die Straßenbahnwagen stehen auf offener Straße. Die Situation hat durch diese Arbeitseinstellung eine äußerst gefährliche Zuspitzung erfahren. Es hat den Anschein, als ob viele Arbeiter aus der Umgebung nach Halle gekommen sind. In der Bevölkerung befürchtet man allenthalben blutige Zusammenstöße, wenn nicht bald Wandel eintritt. Der verschärfte Belagerungszustand besteht noch. Heute morgen fand man in Halle Maueranschläge, welche vom Oberbefehlshaber Max Höp, Hauptquartier Mansfeld“ unterschrieben sind. In der Bekanntmachung heißt es u. a.: „Entwaffnet die Bürger, die Polizei, die Gendarmen, die Sipo und die Reichswehr. Beschlagnahmt alle erreichbaren Gelder, sprengt die Schienen, die Gerichte, die Gefängnisse, befreit alle Gefangenen.“

Der halleische kommunistische Stadtverordnete und Arbeitersekretär Bowitz, der ebenfalls als „Befehlshaber und politischer Kommissar des neuen kommunistischen Staates“ fungiert, hat gleichfalls eine Proklamation an die Bevölkerung des Mansfelder Kreises erlassen, in dem es u. a. heißt: „Alle Amts- und Gemeindevorsteher erhalten bis zur Wahl von Arbeiterräten einen politischen Beirat, der für die Durchführung meiner Anordnungen verantwortlich ist.“

Der Zusammenhang des Aufstandes mit Moskau.

III. Riga, 30. März. In seiner Begrüßungsrede auf dem 10. kommunistischen Parteikongress in Moskau hat der Delegierte des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Deutschlands, Geyer, u. a. erklärt, daß die kommunistische Arbeiterschaft Deutschlands an die Diktatur des Proletariats nicht mehr wie ein fernes Ziel denke, sondern als die nächste aktuelle Aufgabe der Partei. Geyer wies darauf hin, daß die deutsche kommunistische Partei sich in dieser Frage mit dem russischen Proletariat solidarisch fühle. Der Augenblick werde bald eintreten, daß die deutschen Arbeiter für das, was sie von den russischen Genossen empfangen hätten, sich nicht nur mit Resolutionen, sondern mit revolutionären Handlungen Seite an Seite mit dem russischen Volk revanchieren würden. Die innere Lage Deutschlands spiege sich immer mehr an und den Augenblick des entscheidenden Zusammenstoßes sehe nahe bevor.

Bemerkungen.

Dr. L. Kommunisten und Reaktionäre können sich die Hand reichen; sie sind im Grunde genau gleich einzuschätzen. Die Rechtsbolschewisten halten ihre Waffen und ihre Kampforganisation fest, um bereit zu sein gegen den Terror von links; und die richtigen Bolschewisten halten sich bereit gegen den weißen Terror. Der einzige Unterschied besteht darin, daß die Orgeß immer noch halb und halb geduldet, in Bayern sogar unterstützt wird, während man gegen die Anführer der roten Armee mit voller Schärfe vorgeht.

Die Schuld an den jetzigen Vorgängen in Mitteldeutschland trifft also in gleicher Weise wie die Kommunisten auch die Nationalisten. Ohne die einen wären die anderen unmöglich. Ohne das Verbrechen des Rapp-Rußches wäre das jetzige kommunistische Verbrechen nie möglich gewesen.

Aber in etwas unterscheiden sich die Herren von rechts doch von den Kommunisten. Was ein richtiger Linksbolschewist ist, der greift selbst zu, wenn er es für nötig hält, der irdische Rechtsbolschewist läßt zugreifen, er ruft nach Hilfe. In ihrer Dienstagnummer schreiben die „Lübeckischen Anzeigen“ mit patriotischem und leicht militärisch heiferem Ton die „Reichswehr an die Front“. Es fehlt nur noch, daß der Artikel mit einem dreifachen Hurra schließt. Aber das ist man ja gewöhnt vom Kriege her; Proletarier lassen ihr Leben, die besseren Herren feiern die Siege. Je weiter du nach hinten kamst, umso vornehmer und kaisertreuer wurden die Leute, mit denen du zu tun hattest.

Ein Skandal im Hohenzollernhaus beschäftigt seit Wochen die Öffentlichkeit; der Name Friedrich Leopold ist durch alle Zeitungen getragen worden. Die Personalien dieses Mannes sind sehr vornehm. Sein Großvater war Friedrich Wilhelm III., der deutsche Kaiser Wilhelm I. sein Onkel, der bekannte Prinz Karl sein Vater. Eine Verwandtschaft also, die jeden Tropfen blauen Bluts sofort erstarren läßt. Verheiratet ist er mit der Schwester der Kaiserin, und seiner Ehe entsprossen drei Söhne.

Der älteste dumm, harmlos, aber nicht unordentlich, nur träge; der zweite ist der einzige Hohenzoller, der im Kriege fiel; der dritte und jüngste Sohn aber ist das bekannte Karnickel. In maßloser Verschwendungssucht hat er im Kriege Millionen verschleudert und wurde deswegen entmündigt. Und mit diesem herrlichen Sohne vereinigte sich nach der Revolution der Vater, um in Lugano das Erbe seiner Väter zu verpassen. Zu diesem Zweck wurden gewaltige Vermögenswerte nach der Schweiz verschoben — Friedrich Leopold ist einer der reichsten Leute Deutschlands. Und es begannen die beiden herrlichen Prinzen ein Leben, das Millionen verschlang, in der ganzen Schweiz Edel und Negerns erregte.

Da griff der preussische Finanzminister zu und nahm die gewaltigen Besitzungen des Prinzen in staatliche Verwaltung, um die völlige Verschleuderung der riesigen Waldbestände und die weitere Verschleuderung von Millionen ins Ausland zu verhindern. Darob groß Geschrei in der Rechtspresse.

Das Volk aber wird diese Maßnahmen des preussischen Finanzministeriums billigen und nur bedauern, daß man nicht schon früher und in viel weitgehendem Maße zugegriffen hat.

Vor einigen Tagen fuhr in raschem Trab ein Militärfuhrwagen durch eine Lübecker Hauptstraße. Hochmütig lehnten zwei Offizier in den Postern, die hochgeschlagenen Manteltragen gestatteten ihnen nicht, das Volk zu beachten.

Im letzten Augenblick sprang ein Arbeiter, der mühsam das Straßenbahngleis austrat, zur Seite. Wütend schaut er dem Wagen nach und murrte: „Ob man die nicht wieder an ihren Schred am 9. November erinnern müßte?“

Beruhigung in Oberschlesien.

Kattowitz, 28. März 1921.

Infolge des über die Kreise Kattowitz, Beuthen, Pleß und Rybnik und die Stadt Königshütte verhängten Belagerungszustandes ist anscheinend eine leichte Beruhigung eingetreten, wenigstens hat der Flüchtlingsstrom nachgelassen, und die Schreckensnachrichten haben sich verringert. Nur vereinzelt laufen Meldungen über Gewalttaten ein, deren Opfer, zumeist dienstgehörige Beamte und Arbeiter, zum Teil schwer verletzt wurden.

Der Belagerungszustand in Oberschlesien ist auf die Kreise Myslowitz (Stadt und Land) und Rybnik (Stadt und Land) ausgedehnt worden. Das Rybniker und Pleßer Gebiet wurde einem gemeinsamen Kommandanten, dem italienischen Obersten Salpioni, unterstellt. In Rybnik und Pleß sind die Zeitungen nicht an der Zensur gestellt worden. Auch sonst weichen die für die Selbstverwaltung erlassenen Bestimmungen über den Belagerungszustand von den Bestimmungen im Industriegebiet ab. Für Rybnik und Pleß ist ein außerordentliches Gericht mit dem Sitz in Rybnik unter dem Vorsitz eines englischen Kapitäns gebildet worden.

Sozialdemokratischer Kulturtag.

Gemeinsame Tagung der Bildungsausschüsse und der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer.

Die Tagung wurde am Freitag vormittag 9 1/2 Uhr vom Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft, Staatssekretär Heinrich Schulz, eröffnet.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhielt der Parteivorstandende Otto Wels das Wort. Er verurteilte mit harten Worten den kommunistischen Widerstand, der weiter nichts sei als die Herrschaft des Verbrechertums und der Gewissenslosigkeit, und nur den einen Zweck haben könne, die ins Wanken geratene Macht der Gewalttäter in Sowjetrußland zu stützen. Wir Sozialdemokraten wollten nichts gemein haben mit diesen Verbrechern; wir ziehen die organische und demokratische Entwicklung den aussichtslosen Wegen der Gewalt und des Terrors vor.

In einer einstimmigen Entscheidung wandte sich der Kulturtag gegen die Fortsetzung der Barbarei des Weltkrieges und gegen die Nachahmung des russischen Terrors in den letzten kommunistischen Gewalttaten.

Nach Eintritt in die Tagesordnung

— Thema Sozialistische Bildungsarbeit und Lehrerschaft — spricht Lehrer Schulz (Hamburg): Nicht nur der wirtschaftliche Sozialismus sei unser Ziel, Sozialismus muß uns auch Weltanschauung sein und Lebensgestaltung. Die Partei muß sich deshalb umstellen vom Wahlverein zur Kulturgemeinschaft. Nicht daß die Politik deswegen zurücktreten müßte; ihr zur Seite soll noch etwas treten, was die Partei zu einer Gemeinde werden läßt, die ein ganz neues Zusammenleben ihrer Mitglieder pflegt. Hier liegt eine große Aufgabe der sozialistischen Lehrer; jeder soll seine Fähigkeiten dem sozialistischen Bildungsweesen widmen. Die sozialistische Lehrerschaft müsse im gegenwärtigen historischen Augenblicke der Hebel sein, der die Partei zur wahren sozialistischen Kulturpartei mache.

Der zweite Redner, Rich. Weimann, Berlin, Geschäftsführer des Zentralbildungsausschusses, meinte, der Vortrager habe der Lehrerschaft eine Aufgabe zugewiesen, die sie heute noch nicht erfüllen könne. Nach seien die Kopf- und Handarbeiter

— auch in unserer Partei — zu wenig aufeinander eingestimmt.

Um die Entschädigungen.

Ein Schiedsgericht?

Saaß, 29. März. Daily Chronicle heißt die von Cecil im Namen der englischen Bänderbündelvereinigung gemachte Anregung willkommen, man solle ein vom Bänderbund ernanntes Schiedsgericht über die Höhe der deutschen Entschädigungssumme einrichten lassen, falls Deutschland sich verpflichten würde, sich dem Spruch zu unterwerfen.

Die Westminster Gazette äußert sich sehr unruhig über die französische Forderung einer Ausdehnung der Sanktionen und beschwört die Alliierten, es sei doch zu überlegen, wohin dieser Weg führen würde. Sie betont auch die Gefahr, die darin liegt, daß die ganze soziale Stabilität Deutschlands schwer erschüttert würde, und hält die französische Behauptung, der neueste kommunistische Ausbruch sei hinsichtlich seiner Intensität, um auf die Alliierten Eindruck zu machen, für lächerlich. Ob Deutschland die 20 Milliarden Goldmark bezahlt habe oder nicht, sei doch wirklich eine Tatsachenfrage, über die man ein Schiedsgericht entscheiden lassen sollte.

Eine neue interalliierte Konferenz?

II. Paris, 29. März. „Petit Parisien“ meldet aus London, daß eine neue interalliierte Konferenz stattfinden werde. Der Sitz dieser Konferenz ist noch nicht festgestellt. Der „Intransigent“ erhält ein Telegramm aus London, daß in dortigen diplomatischen Kreisen Italien als Sitz der Konferenz betrachtet wird, um Glorifizierung zu geben, auf einer interalliierten Konferenz zu präsidieren.

Der Ententeschacher mit der deutschen Kohle.

III. Berlin, 30. März. In einer deutschen Note an die Reparationskommission in Paris und die belgische Regierung wird darauf hingewiesen, daß die von uns unter Zwang abgelieferte Kohle massenhaft weiterverkauft, ja tief unter Preis verkauft wird. Es handelt sich, soweit die Nachrichten der Regierung lauten, um mindestens 70 000 Tonnen. Die Note betont, daß die deutschen Leistungen nach dem Friedensvertrag der Wirtschaft der betreffenden Länder zugutekommen, um ihnen Ersatz

zu leisten. Die Lehrer dürfen nicht über der Arbeiterschaft stehen, sondern mitten in ihr.

In der Debatte ergreift neben vielen anderen auch Genosse Schermer (Alstedt)

das Wort und stellt fest, daß der großen Masse immer noch der Bildungsdrang fehle. Der Zudrang nach den Volkshochschulen habe nachgelassen, da sich die meisten das Erwerben von Kenntnissen leichter vorgestellt hätten.

Nachmittagsführung.

Der Gen. Dr. Lohmann, Berlin, referierte ausführlich über

Das Schulprogramm der Partei.

Die Erziehung habe in der jetzigen Schule den Zusammenhang mit den schöpferisch gestaltenden Kräften des Lebens verloren. Sie sei jetzt eine Klassen- und Kastenschule, müsse aber eine wahre Volksbildungskaste werden. Die Schule der Zukunft soll die Kräfte der ganzen Jugend zu einem Höchstmaß persönlicher Tüchtigkeit und gesellschaftlicher Leistungsfähigkeit hegen. Nicht geistige Förderung einiaer weniger, sondern Erziehung der Masse zur Vollmündigkeit sei ihre Aufgabe. Alle Erziehung soll Aufgabe der Gemeinschaft sein.

Nach längerer Debatte, hauptsächlich über das Aktionsprogramm, d. h. über die vorläufigen Uebergangsforderungen, wurde folgende Entschliessung angenommen:

Der 1. Sozialdemokratische Lehrertag Deutschlands fordert die Reichsregierung auf, schleunigt und energisch eine durchgreifende Umgestaltung der deutschen Volksschule in die Wege zu leiten, durch die unter möglichster Vermeidung schwerwiegender wirtschaftlicher Schädigung des Volksgemeindegutes der Unterricht in der Muttersprache von unnötigen und unnatürlichen Hemmungen befreit wird.

Hierauf sprach Heinrich Schulz

das Schlusswort.

Er führte aus, daß die Beteiligung von 400 Lehrern aus allen Teilen des Reiches bewiesen habe, daß unsere Bewegung viel stärker sei, als man bisher zu hoffen wagte.

Mit einem dreifachen Hoch auf den Sozialismus und die Sozialdemokratische Partei wurde der 1. Sozialdemokratische Lehrertag geschlossen.

für den Förderungsaußfall infolge kriegerischer Zerstörung von Gruben zu geben, aber nicht ihnen Handelsgeschäfte damit ermöglichen soll. Deutschland protestiert umso mehr, als es die ihm auferlegten Verpflichtungen nicht voll zu erfüllen vermag und die Anforderungen der Entente an die Güter der Kohle immer schärfer werden.

Verfchlammung.

In der Geschichte ist es keine Seltenheit, daß eine aussichtslose oder gescheiterte Bewegung sich in einer Kette einzelner Gewalttaten auflöst. Ohnmächtiger Nachdurst, Verzweiflung oder auch einfache Ratlosigkeit nehmen ganz ihre Zuflucht zu den Mitteln, die nach außen hin am stärksten aussehen.

In Wirklichkeit sind diese Mittel die schlechtesten. Sie verletzen, wie alle übertriebenen Kräfte, ihr Gegenteil — ein inneres Schwächegefühl. Der wirkliche Stärke lehnt individuellen Terror und ähnliche Mittel als zwecklos und verächtlich ab. Genügt haben derartige Aktionen denn auch niemals der Partei, von der sie ausgingen.

So werden auch die Bomben- und Dynamitattentate, von denen noch immer die Luft voll ist, der kommunistischen Partei nicht aus der verzweifeltsten Lage herausheben, in die sie durch ihre sinnlose Putschaktion geraten ist. Man wird einigen Schaden anrichten, aber dem Kapitalismus als solchen wird durch das Dynamit kein Haar gekrümmt werden. Man wird einige Familien in Angst und Trauer versetzen, aber viel stärker als diese Gefühle wird der Haß wirken, der von den Leichen der schuldlosen Opfer ausgeht. Und wenn die Attentate sich an Zahl noch vermehren, der kommunistische Putsch bleibt deswegen so aussichtslos, wie er vom ersten Tage an war.

Etwas anderes wird freilich durch die Attentatskette um so sicherer erreicht: der kommunistische Putsch zieht alles Verbrechertum in sein Gefolge, das in Deutschland lebt und webt. Die Bewegung verstandet nicht, sie verflucht und verflucht.

Die früheren kommunistischen Putsche mochten noch so verfehlt sein, wie sie wollten, sie waren immerhin noch Aktionen unter Führung von Politikern. Im Januarpuß 1919 gab es

keine Dynamitattentate wie jetzt, aber gerade deswegen war die Bewegung gefährlicher. Die Führung der K. P. D. ist von den Politikern längst zu den Wirren und Torkelstößen gestiegen, diese wird sie entziehen durch die Elemente wie Wlad Hölz, die das gemeine Verbrechen im Dienst der Politik billigen und selber dabei hart an der Grenze des gemeinen Verbrechertums wandeln. Wo ihnen bis zu den ganz gemeinen Verbrechern, die unter der Maske des Politikers ihre Raubinstinkte befriedigen, ist es dann nur noch ein Schritt. Auf die „Bankabhebungen“ in Sangerhausen und Mansfeld — wie die „Kote Fahne“ so schön sagte — folgt der gemeine Bankraub von Mettmann, bei dem die politische Maske nur noch Deckung gewöhnlichsten Verbrechertums war.

Es wird immer unläuterer um die Kommunisten, immer stärker gehen die politischen Verbrechen in gemeine über. Das bloße Anstandsgefühl fordert, daß alle auf politische Reinlichkeit haltenden Elemente sich diesem Treiben fernhalten.

Die Entwicklung in Rußland.

Kreier Handel.

Riga, 26. März. (Kff. Ztg.) Aus Moskau kommt die Nachricht, daß der Rat der Volkskommissare einen bedeutungsvollen Entschluß gefaßt hat, indem er ein neues Dekret billigte, laut welchem alle Einschränkungen der Genossenschaften aufgehoben werden. Sie werden vom Staat für unabhängige Vereinigungen erklärt. Ihnen wird gestattet, bei der Basisarbeit die nach der Normalablieferung verbleibenden Lebensmittel und Rohstoffe zu kaufen, wobei der Handel einzelner Personen gestattet und Weiterverkauf zulässig ist. Dieses Dekret, das voraussichtlich in allernächster Zeit zur Ausführung kommen wird, bedeutet die Rückkehr zur autonomen Gestaltung der russischen Genossenschaften und eine Niederlage von Trotsky'schen Umsturzplänen. Durch Annahme dieses Gesetzes wäre der freie Handel auch für Privatpersonen tatsächlich in Rußland wieder hergestellt. Der Außenhandel wird jedoch hiervon nicht berührt.

Kopenhagen, 26. März. „Berlingske Tidende“ meldet aus Helsingfors: Die Zusammenstöße zwischen den Revolutionären und ausgesandten Bolschewikentruppen im Gebiet von Mieskau dauern fort. Die Stadt Mieskau soll, wie verlautet, wieder von Gegenrevolutionären besetzt sein.

Das offizielle Organ des roten Heeres, die „Iswestija“, teilt mit, daß die Revolutionsgerichte in den Tagen vom 26. Februar bis 6. März 2500 bolschewistische Soldaten zum Tode verurteilt haben.

Konstantinopel, 26. März. Aus Bursa wird gemeldet, daß die Aufständischen, die am 6. 8. Odesa verloren hatten, die Stadt den Bolschewisten in der Nacht vom 17. zum 18. März wieder entzogen haben. Das Gebiet westlich und nördlich von Odesa befindet sich in den Händen der Aufständischen.

Erfolge der russischen Gegenrevolutionäre.

Kopenhagen, 29. März. Einem Telegramm aus Helsingfors zufolge, haben die Gegenrevolutionäre in Westrußland die Stadt Mieskau besetzt. Die 18. Rote Division ist zu den Gegenrevolutionären übergegangen und hat eine demokratische westrussische Republik erklärt. Ueber Lemberg wird gemeldet, daß um Klein kurzlich erbittert gekämpft wird. Klein wird jetzt zum dritten Male von ukrainischen Aufständischen belagert. Die Lage der Stadt soll furchtbar sein, da die eingeschlossenen Bolschewisten schrecklichen Terror ausüben.

In Petersburg haben die Sozialrevolutionäre wieder eine lebhaftige Agitation für die Einführung einer konstituierenden Versammlung begonnen.

In Südrußland sind große Unruhen gegen die Juden ausgebrochen. Die Stadt Schitomir ist von antibolschewistischen Elementen teilweise niedergebrannt und ausgeplündert. Es sind furchtbare Judenmorde verübt worden.

Kopenhagen, 29. März. Was Madamostol wird gemeldet, daß antibolschewistische Truppen mehrere Städte in Estland besetzt haben und bis auf 12 Werft von Dnss vorgedrückt sind, wo die Bolschewisten ihrem weiteren Vormarsch ein Ende machten. Es wird behauptet, daß auch die 12. bolschewistische Division zu den Aufständischen übergegangen ist.

Kein französisches Kriegsmaterial für Sowjetrußland.

II. Paris, 29. März. In der Angelegenheit des angeblich von Frankreich Sowjetrußland angebotenen Kriegsmaterials schreibt der „Matin“: Laut unseren Informationen ist die Wahrheit folgende: Eine Berliner Bankfirma hat in Frankreich gebrauchtes Kriegsmaterial angekauft und es Sowjetrußland angeboten. Als darüber die französischen Behörden verständigt wurden, verboten sie ausdrücklich, nach dem Hafen von Stettin gerichtete Expeditionen weiter zu befördern. Die Behörden haben so laut § 170 des Versailler Vertrages verfügt, weil der Vertrag die Einfuhr von Kriegsmaterial nach Deutschland untersagt.

Der Kampf um Odesa.

III. Mailand, 29. März. Nach einer veröffentlichten Meldung der „Agenzia Stefani“ haben die Aufständischen Odesa von den Bolschewisten zurückerobert. Die Bolschewisten überließen

Das geöffnete Hemd.

Einem fantastischen Märchen nachzählt von Wilhelm Schmidhann.

Drei Königsöhne hörten, daß ein ferner König eine Tochter von nie geklebener Schönheit hätte. Diese Tochter wollte aber nur den Mann heiraten, der vorher im Zweikampf über sie Sieger wurde.

Der älteste beschloß, sich gleich auf den Weg zu machen und die Werbung aufzunehmen. Er zog sein schönstes Gewand an, ließ sein edelstes Ross vorführen, nahm Abschied von Vater, Mutter und Brüdern und ritt davon.

Lange, lange mußte er reiten. Durch weite Täler mußte er, über beschneite Gebirge, durch Steppen und Gärten.

Bis er auf einer Wiese einen uralten Mann traf, der mit Korb und Stab daherkam. Der Alte blieb stehen, hob die Hand an die Augen, sah zu dem Königssohn auf und fragte: „Wohin der Weg?“

Der Königssohn erzählte ihm freundlich alles. „Was ist dir lieber?“ fragte der Alte, „das Mädchen oder der Rat eines alten Mannes?“

„Das Mädchen“, lachte der Jüngling und ritt davon. „Gott mit dir“, rief der Alte ihm nach.

Der Königssohn kam zur Stadt, in der das Mädchen wohnte. Schon vor dem Tor ritten ihm die Ritter und Diener des Königs entgegen. Er wurde in ein Gastzimmer geleitet, der Tisch wurde ihm mit Braten und Wein gedeckt. Am Abend kam der Großvater selbst, unterhielt sich mit ihm in angenehmem Gespräch und fragte endlich: „Was, mein Sohn, suchst du bei uns?“

Der Jüngling gab bekannt, warum er hergekommen war. „Da wurde der Großvater traurig. „Sieh zum Fenster hinaus“, sagte er, „dort steht da eine lange Reihe von Stangen und auf den Stangen aufgehängt lauter abgehämmerte Köpfe.“

Wir erzählten diese köstliche Sage der Wodentag: Das ist die erste, herausgegeben Stefan Prohaska. Eine Novelle Berlin, Berlin.

So geht es jedem, der im Kampf mit unserer Prinzessin verliert. Darum laß ab, darum laß ab.“

Aber der Königssohn war nicht zu erschrecken, obwohl ihm das Herz still stand. „Wann soll ich zur Stelle sein?“ fragte er.

„Wenn du also durchaus willst“, sagte der Großvater, „so sei morgen mit der aufgehenden Sonne auf diesem Platz unten. Da wirst du die Prinzessin finden.“

Die ganze Nacht schlief der Jüngling nicht. Aber am Morgen war er schon vor der bestimmten Zeit mit seinen Waffen zur Stelle. Sein Pferd wieherte. Er sprengte damit im Uebermut noch ein paarmal über den großen Platz.

Als die Sonne über den Berg kam, trat auch zugleich die Prinzessin aus dem Palast. Ihre Rüstung strahlte. Sie ritt zu dem Jüngling hin, sie standen mit den Pferden einander gegenüber.

Da ritt die Prinzessin noch näher heran, öffnete ihren Panzer, tat das Hemd auseinander und zeigte ihre Brust.

Als der Jüngling die Schönheit der Brust sah, wurde er von einer Ohnmacht überkommen und sank an die Erde. Sofort ließen die Diener herbei und hielten ihm den Kopf ab.

In Hause wartete man vergebens auf die Rückkehr des Sohnes. Als er nach einem Jahr immer noch nicht wiederkam, machte sich der zweite Königssohn auf den Weg. Kein Wort der Eltern half. Auch er trat den alten Mann. Auch er verlor den Rat dieses Alten. Auch er fiel vor der Brust der Prinzessin in Ohnmacht, auch er verlor seinen Kopf.

Lange wartete der Jüngling auf die Heimkehr der Brüder. Endlich war er nicht mehr zu halten, obwohl die Eltern weinten und mit ihren Tränen seine Hände ganz benetzten.

Er ritt denselben Weg und auch er trat am Rand der Wiese den Alten, hem er ebenfalls furchtbar wie die Brüder Anmut gab.

„Was ist dir lieber“, fragte der Alte, „mein Rat oder das Mädchen?“

Der Königssohn antwortete: „Das Mädchen begehrt ich sehr, aber auch dein Rat ist mir wertvoll.“

„Dann laß“, sagte der Alte, „daß dieses Mädchen nicht durch ihre Kraft ihre Gegner bezieht. Sondern sie öffnet ihr Hemd und

zeigt ihre Brust. Das nimmt dem stärksten Mann die Kraft. Darum, sowie du siehst, daß sie nach ihrem Kleid greift, um es zu öffnen, schlag die Augen nieder und geh auf sie an.“

Der Jüngling war voll Freude über den Rat, bedankte sich sehr und ritt noch schneller davon.

Er kam in die Stadt und wurde ebenso gastlich aufgenommen wie seine Brüder. Am nächsten Tag war er vor Sonnenaufgang auf dem Platz. Zugleich mit der Sonne kam auch die Königssohner aus dem Haus.

Sie trat vor den Jüngling, öffnete ihr Hemd und zeigte ihre Brust.

Aber der Jüngling schloß rechtzeitig die Augen und schrie sofort vor.

Ohne Miße brachte er die Jungfrau zur Erde. Er nahm ihr das Schwert aus der Hand und fragte: „Soll ich dir jetzt tun, wie du meinen Brüdern getan hast?“

„Schont mir das Leben“, flehte sie.

Da nahm er sie aufs Pferd und führte sie zu seinen Eltern nach Haus.

Liebesfeier.

Im ihren bunten Kleidern flattert die Lerche hell in die Luft; ein Jubelchor von Sängern schmettert im Walde voller Blüt und Duft.

Da sind, so weit die Blicke gleiten, Nature festlich aufgebaut, und all die tausend Herzen künden zur Liebesfeier dringend laut.

Der Venz hat Rosen angezündet an Leuchtern von Smaragd im Dom und jede Seele schmilzt und mündet hinüber in den Opferstrom.

Mitosen Roman

SONDER-VERKAUF.

Um für unsere großen Pfingstfeinkäufe preiswerter

farbiger Damen- und Herren-Schuhe und -Stiefel

Raum zu schaffen, verkaufen wir für die Dauer von 10 Tagen bis 9. April einschließlich unsere bewährten guten Qualitäten:

Schwarze Damen- und Herren-Stiefel

Serie I
Damen-Boxtalb, Chevreau, Rindboz, meist Rahmenware
139.-

Serie II
Damen-Boxtalb, Chevreau, meist allerfeinste Rahmenware
165.-

Serie III
Damen-Boxtalb, Chevreau, Lack mit Hochschaff, Extra-Ausführ.
189.-

Serie I
Herren-Boxtalb, Rindboz, meist Rahmenware
139.-

Serie II
Herren-Chevreau, Boxtalb, Rindboz, nur allerfeinste Rahmenware
165.-

Serie III
Herren-Chevreau, Boxtalb und Lack, Extra-Ausführung
189.-

Diese Artikel müssen geräumt werden und bieten deshalb eine einmalige Kaufgelegenheit, weit unter dem heutigen Herstellungspreis.

Stiller's Schuhwarenhaus

G. m. b. H. = Lübeck, Breite Str. 71.

Bekanntmachung.
Die Abfuhr von Blech, Scherben u. Kofferschlacken findet am Donnerstag, dem 31. März 1921 in der Zeit von 7 bis 9 Uhr vormittags statt. (15696)
Lübeck, den 30. März 1921.
Das Polizeiamt.

Grundschule
(I. Schuljahr). (15704)
Die Aufnahme der zu Eltern angemeldeten Kinder erfolgt am Dienstag, dem 6. April, und zwar für die Domschulen und die I. St. Gertrudschule: Mädchen vorm. 10 Uhr, Knaben nachm. 3 Uhr, für alle anderen Volksschulen vorm. 10 Uhr. Ueber die erforderlichen Schulsachen wird bei der Aufnahme nähere Mitteilung gemacht.
Lübeck, 29. März 1921.
Die Oberschulbehörde.

Die Geschäftsstelle
der
Schuhmacher-Innungs-Krankenkasse
in Lübeck befindet sich ab 1. April 1921, bei Herrn **F. Krüger**, Humboldtstraße 14 (Mühlentor). Geschäftsstunden von 8-12 und 2-6 Uhr.
(15697) Der Vorstand.

Pa. Ledersohlen
aus Kreidriemen-Abfällen empfiehlt billigst
F. Brons,
Lachswehr-Allee 5a, I.
Fernsprecher 466. (15688)

Sehr preiswert
Neue Küche mit
Kam. Spiegel u. Mstr. zu 72.
Deposito 8.
Neue eleg. Schlafzimmer
1925 h. 1975 M., Auszieht
225 M., Tafelstühle 75 M.,
Dann 2. Posten geb. Möbel
Garn. 750 h. 1600 M., Verti-
loze 800 h. 220 M., Tischstom-
maben ein. u. gleiche Bettf.
Stühle (20 M.). (15713)
Stäwe, Möbellager,
Böttcherstr. 10.

Leder
Lederasschnitt
Ersatzsohlen in haltbaren
Fabrikaten
Alle Schuhmacherartikel
C. Grimm Nachf.,
Lederhandlung u. Schäfte-
fabrik. 15687

Anfertigung v. Blechschm.
gr. Anzahlgen. Gute Ware,
z. B. Zylinder, billig 1000 bis
1200 M. Nachtragweise
erleichtert. Bei Bestellung
als Zus. 20 M., nach
Vergleichung 20 M. 300.
den Rest in Noten. (15699)
Engel, 22. H. an die
Gewerb. Zeit. St. 202

Geselligkeitsverein „Freundschaft“
(Heilanstalt Strecknitz.)
Grosser Ball
am Sonnabend, dem 2. April 1921
im Gesellschaftshaus „Weißer Engel“.
Anfang 7 Uhr.
Getrenntkarten im Vorverkauf 3.50 M.
Damenkarten 2.50
An der Abendkasse 1.- M., mehr.
15723) Der Vorstand.

Große öffentliche Versammlung
Donnerstag, den 31. März
abends 7 1/2 Uhr
im großen Saale des Gewerkschaftshauses.
Tagesordnung:
1. Der Kampf in Mitteldeutschland.
Referent: Landtagsabgeordneter Genosse
Mayenburg, Rostock. (15719)
2. Freie Aussprache.
Arbeiter und Arbeiterinnen, erscheint in Waffen!
Zur Deckung der Unkosten 50 Pfg.
Vereinigte kommunistische Partei Deutschlands
(Sektion der Komm. Intern. Ortsgruppe Lübeck).

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Lübeck.
Gemeinschaftliche
Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag, dem 31. März, abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
1. Bericht von der Gau- und Vorstandes-
konferenz in Berlin.
2. Stellungnahme zu der Errichtung eines
Bezirksbetriebsrats-Sekretariats.
3. Bericht vom Ortsausflug.
15718) Die Ortsverwaltung.

Diese Woche empfehle von 50 dänisch. fetten Kindern
Jungen, Leber, Köpfe, Guter, Herz u. Lunge 8 4 M.
Pa. Rindfleisch 10 M. Kalb, roh 8 8 M.
angebrat. Kalb 10 Brannschweiger 8
Pa. Gehacktes 10 Schweinefleisch 14
Kostlos, Sal. 10 Ramelet 6
Frische Knochen 1 Prima Brägen 8
Johann Müllers Fleischballe, Haxstraße 83/85.
Fernruf 8544. (15729)

Zu einer Stunde vertilgen Sie unter **Garantie** Kostf., Hilz-
u. Brat. Wanzen, Flöhe bei Menschen
u. Tier. „Gardol“, g. gesch. M. W. u. d.
mischabl. Verkauf nur Friseur (15708)
H. Wiese, Zegidienstr. 4 Postverfand.

Färbe zu Hause
nur mit
Heitmann's Farben
Marke „Fuchskopf im Stern“
Einfach-Praktisch-Billig!

Bremer Zigarren-Fabriken
gegr. 1860 **C. Frese** gegr. 1860
Fabrikniederlage: Lübeck Holstenstraße 13/15.
Fernruf 8937.
15717) In unserer Verkaufsstelle diese Woche
besonders günstige
Fehlfarben-Angebote
mit
ca. 20 bis 25 % Ersparnis
gegenüber reinen Farben.
Beachten Sie die Schaufenster-Auslagen.
Günstige Einkaufs-Gelegenheit für Qualitäts-Raucher.

Allgemeine
Ortskrankenkasse
in Lübeck.
Außerordentliche
Ausschubübung
der Vertreter
Freitag, d. 8. April,
abends 7 1/2 Uhr sämtlich
in der **Schiffergesell-**
schaft, Eing. Engelstraße
Tagesordnung:
1. Arztvertrag.
2. Dienstordnung.
3. Sonstige Kassenangelegen-
heiten.
Bei Behinderung des
Ausschubmitgliedes wird der
Vertreter zugezogen, wenn
dies spätestens 3 Tage vor
der Sitzung bei der Kasse
beantragt wird.
Die Geschäftsmänner der
Ausschubvertreter können
der Versammlung als Zu-
hörer beimohnen.
Lübeck, den 23. März 1921.
Der Vorsitzende des
Vorstandes,
15695) Joh. Körner.

Arnimstr. 49
Stiefmüt. Dg. 2 M.
Kaufe alte Töpfe und
abgeschliffene Pfannen.
Schle gute Preise. (15716)

Männergesangverein Thalia.
(15694)
Donnerstag, den 31. März 1921
KONZERT
im Kolosseum.
Saalöffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.

TROCADERO
5 Uhr
• Tee •
Gebäck
Kaffee
Büffet
Weine
Dezente
Musik
WEINSTÜBEN
Schüsselbuden 4
15712

Waisenhof 18708
Jeden Freitag u. Sonntag:
Tanz.
Adlershorst. 15698
Jeden Donnerstag:
Ball

Brantshleier,
Natur-Myrtenkränze,
Gold- u. Silberkränze
empfiehlt
W. Simm,
18714) Balanzerfahr 16.
Nehme Bestellung auf
meinen gut. Schm.
Handbattorf
entgegen. Lieferungszeit v.
15. Mai bis 15. August.
Str. 14. — M. frei Lübeck,
ab hier 10.50 M.
H. Pröb, Cand. Witt,
15708) Krummesse.

Gebrüder Wolf
15710)
15709

Gledermans
Nur noch
wenige
Tage
der große
März - Spielplan.
Anfang 8.30 Uhr.

Hansa-Theater
Heute 7 1/2 (Ab. Serie I):
Der neue Schlager
Die kleine Höheit
Operette i. 3 Akt. v. Knopf
Donnerstag, 7 1/2:
Einmaliges Gastspiel von
Hamburgs bestbetstem
Schauspieler
Albert Bozenhard
in Kollege Crampton.
Komödie in 5 Akten.
15698) G. Hauptmann.
Gastspielpreise 14-8 M.

Stadttheater Lübeck.
Mittwoch. Buchst. D u. 16.
Vorstell. i. Opern-Abonnem.
Die Bohème. 7.80.
Mittwoch. Kammerspiele
Unter Abend, hierauf
Hens Geburtst. 7.80.
Donnerstag. Buchst. C u.
16. Vorstell. i. Opern-Ab.
Die Wittigen Weiber von
Windsor. 7.80.
Donnerstag. Kammerspiele
Unter Abend, hierauf
Hens Geburtst. 7.80.
Sonnenabend. Buchst. D und
16. Vorst. i. Schausp. Ab.
Hochzeit auf Wittenstein.
(Aufführung) 7.80. (15713)

Lübecker Bürgerschaft.

h. Lübecker, 29. März. Beginn 8,30 Uhr. Der Vorsitzende teilt den Eingang eines Schreibens des Neuen Haus- und Grundbesitzer-Vereins mit, in dem gegen die bereits beschlossene Senatsvorlage über die Erhöhung der Grundsteuer für das Jahr 1921 protestiert wird. 1. Antrag: Anlage von Feuerlöschbeden in den Siedlungen. Wird nach dem Vorschlagsantrag des Ausschusses angenommen. Ebenfalls angenommen wird ein Erlaß des Ausschusses, alle Teiche und Wasserlöcher im Staatsgebiete so zu reinigen, daß sie im Falle der Feuergefahr benutzt werden können. 2. Antrag: Ausbesserung im Warmbadgebäude zu Travemünde. F. M. E. M. A. N. N. (Soz.) wünscht Aufklärung, warum die Finanzbehörde auf der Verpachtung der Badeanstalten besteht. Senator Evers erklärt, der Senat könne dem Erlaß der Bürgerschaft nicht entsprechen, die Verpachtung zu inaktivieren. Stillschließliche Gründe für die Beibehaltung des alten Zustandes seien nicht angeführt worden. Die Unterhaltungskosten für den Staat müßten fortwährend steigen. Dreyer (Soz.) erwidert, der Staat werde auch bei der Verpachtung die Unterhaltungskosten der Badeanstalten zu tragen haben. Es sei bedauerlich, daß der Senat über das einstimmige Erlaß der Bürgerschaft hinweggegangen sei. Was den für die Hygiene so notwendigen Badeanstalten wolle man ein Verdienstobjekt machen, denn der Unternehmer sei gezwungen, in erster Linie auf Kosten der Angestellten Profit herauszuschlagen. Der Mann werde die Arbeitszeit und die Rechte der Angestellten umgehen. Die Art der Erledigung der Badeanstaltsfragen sei zu bedenken, sie zeige auch das geringe Interesse des Senats für die Volksgesundheit. Dr. Steffen (Dem.): Wenn der Unternehmer größere Summen ausgibt, dann muß er sie wieder aus dem Betriebe herausziehen. Der Betrieb wird dadurch verlorren werden. Notwendig ist doch vor allem, daß den Schulen die Badegelegenheit zu jeder Zeit sichergestellt ist. Der Rächter wird darauf sehen, daß möglichst wenig nichtzahlende Badegäste kommen. Es handelt sich hier um die Erhaltung der Volksgesundheit und diese Hauptfrage wolle die Finanzbehörde nicht sehen. Senator Evers glaubt, es sei am besten, wenn man das Probejahr der Verpachtung erst abwarte. Der Senat denke nicht daran, große Summen aus den Badeanstalten herauszuwirtschaften. In Zukunft liege allerdings den Lehrern die Verantwortung für die Hygiene beim Schwimmmunterricht ob. Dreyer (Soz.): Den Rächtern wird in erster Linie der Verdienst die Hauptfrage sein. Der Standpunkt des Senats und der Finanzbehörde ist kleinlich. Bei der Beurteilung einer solchen wichtigen Frage sollte man vom Staatskörper eine andere Meinung hören. Die Art und Weise seines Vorgehens könne sich die Bürgerschaft nicht gefallen lassen. Selbst auf die Gefahr eines staatlichen Ausschusses hin muß den Forderungen der Allgemeinheit mehr Entgegenkommen gezeigt werden. Auch im Vorjahre wurde falsch gehandelt, als man eine Badeanstalt eingehen ließ, weil sie 18 000 Mark Erneuerungskosten verursachte. K. Reimpell (Dem.) fordert Revision des Vertrages mit dem Rächter, insbesondere in bezug auf den Schwimmmunterricht der Kinder. Viele Schulen seien gar nicht in der Lage, den Schwimmmunterricht zu erteilen. Das sei Aufgabe des Badeaufsichtspersonals. Der Senatsantrag wird angenommen. 3. Antrag: Baukostenzuschuß an den Lübecker gemeinnützigen Bauverein. Wird angenommen. 4. Antrag: Verkauf eines Bauplatzes in Rütznitz. Wird angenommen. 5. Antrag: Nachtrag zu dem Geleß über das Pfandleihgewerbe. Wird angenommen. 6. Antrag: Erlaß einer neuen Gebührenordnung für das Verfahren bei Zwangsversteigerungen im Verwaltungsweg. Wird angenommen. 7. Antrag: Wänderung der Tarife der Betriebsanstalten. Ambrösius (Dem.) fragt, wie man sich den Stromabnehmern gegenüber verhält, die eigene Kraft usw. Messer haben, aber trotzdem zu der erhöhten Abgabe herangezogen werden. Reiner wünscht weitgehende Bekämpfung der Verrechnung der Zahlungen durch die Banküberweisungen. Oberbaudirektor Hase: Die Betriebsbehörde gedenkt die eigenen Messer zum Zeitwert zu kaufen. W. Pape (fraktionslos) fordert gründliche Revision und Zahlungs-Erleichterungen bei Neuanlagen. Der Senatsantrag wird angenommen. 8. Antrag: Verkauf des ehemaligen Meiereigrundstückes in Vorwerk. Herr (Soz.) tritt für Errichtung zweier Wohnungen auf dem Grundstück ein und beantragt Kommissionsberatung. Reiner fordert der Rechner, endlich einmal den Landgraben in ordnungsmäßigen Zustand zu versetzen. Der Antrag Herr wird angenommen. 9. Antrag: Uebergang der Wasserstraßen von den Bändern auf das Reich. Dr. G. H. R. (Dem.) verweist auf die Wichtigkeit der Vorlage. Sie sei viel zu spät an die Bürgerschaft gelangt, so daß man sich darin nicht vertiefen konnte. Auch in anderen Ländern des Reiches wurden diese Anträge an Kommissionen verwiesen. Falls das Scheitern des Vertrages nicht in Frage stehe, müsse man eine Kommissionsberatung unbedingt beschließen. Es ergebe sich daraus nicht, was der läbliche Staat vom Reich erhalte. Wir müßten für die noch zu zahlenden Gebührensätze, mehr Zinsen bezahlen als uns das Reich vergälte. Es gehe auch aus dem Vertrage nicht hervor, ob das Reich die uns zustehende Summe bar bezahle oder nur verzinsle. Senator Dr. Kallbrenner erklärt, am Termin könne man nichts ändern. Falls die Länder den Vertrag bis zum 1. April nicht verabschieden könnten, wolle das Reich so verfahren, als ob der Vertrag abgeschlossen sei. Die Verzinsung müsse als ausreichend angesehen werden. Alles in allem genommen sei der Vertrag für die Hansestädte nicht unangenehm. Die Grundstücksfrage in der Kanalzone sei befriedigend gelöst. Dreyer (Soz.) hat gegen eine Kommissionsberatung nichts einzuwenden, obwohl diese nur problematischer Natur sei. An dem Vertrage sei nichts mehr zu ändern. Herr (Soz.) wünscht Schonung der Baukosten für die Lüben, schon im Interesse der Landwirtschaft. Senator Kulekamp erkennt die Wichtigkeit der Frage Herrs an, fordert aber von der Landwirtschaftskammer, daß sie sich mit den betr. Regierungen in Verbindung setzt, in deren Bereich sich die Lüben-Brucklücken befinden. Der Antrag auf Ausschlußberatung wird angenommen. 10. Antrag: Erhöhung des Schulgeldes. H. Ehlers (Soz.): Die Vorlage lehnen wir ab. Unter Berücksichtigung der schlechten Finanzlage sind wir nicht gegen eine Erhöhung, aber jetzt fordert man in den Mittelschulen das Fünffache des bisher bezahlten Schulgeldes, das im vorigen Jahr um 50 Proz. erhöht worden ist. Den meisten Arbeitern, Beamten, Angestellten, kleinen Handwerkern ist es unmöglich, diese Summen zu bezahlen. Wäre diese Erhöhung vor 2 Monaten bekannt geworden, hätten sich viele Eltern wohl überlegt, ihre Kinder in die Mittelschulen zu schicken. Mit der Schulgeldstaffelung bei der Kinderzahl sind wir einverstanden, nicht aber damit, daß ein 14jähriger Mittelschüler dasselbe Schulgeld zahlen soll wie ein Seminarist. Die Oberschulbehörde ist zwar ermächtigt, bis zu 7,5 Proz. der Schülerzahl ganz oder teilweise Schulgelderschlag zu gewähren, doch wird dieser Prozentsatz nicht ausreichen. Es ist zudem nicht jedermanns Sache, als Witwener aufzutreten. Die Erhöhung hat den Anschein, daß der Verlust des Schulgeldes der Grundschule aus den mittleren und höheren Schulen herausgeholt werden soll. Senator Kulekamp hat gegen Kommissionsberatung nichts einzuwenden. Die Oberschulbehörde bewahrt diese Schulgelderhöhung, sie gibt aber nur dem notwendigen Zwang nach. Die Erhöhung bewegt sich in den Grenzen, wie sie überall im Reich anzutreffen sind. Es ist nicht zu befechten, daß diese Schulgelderhöhung für viele Familien einen großen Druck ausübt. Nicht außer acht lassen dürfe man aber, daß die Schüler, die für den Aufstieg der Begabten in Betracht kommen, schulgeldfrei sind. Ambrösius tritt für Ausschlußberatung ein. Innerhalb so kurzer Zeit sei es ganz unmöglich, diese Vorlage heute zu verabschieden. Die Einnahmen des Staates müßten selbstverständlich erhöht werden, das vorliegende Geleß übersteige aber die Grenzen des Möglichen. Die Denkschrift des Oberschulrats gibt selbst eine große Abwanderung aus den Mittelschulen an. Senator Dr. Kallbrenner führt die Notwendigen Zuschüsse für das Schulwesen an, denen gegenüber die erhöhten Einnahmen ganz verschwinden. Während nach 1918 für die höheren Schulen 785 000 Mark aufgewendet wurden, belaufen sich diese für 1921 auf 4 441 000 Mark. Die Einnahmen dagegen fielen von 874 000 Mark nur auf 744 000 Mark. Bei den Mittelschulen ist das Verhältnis: 1918: Ausgaben 854 000 Mark, 1921: 8 221 000 Mark; Einnahmen 1918: 155 000 Mark, 1921: 812 000 Mark. Die Gesamtausgaben für das Schulwesen betragen 1918: 2 679 000 Mark, 1921 aber 17 829 000 Mark. Dabei sind noch die Zuschüsse der gemeinsamen Kommission für die Beamtenbesoldung unberücksichtigt, so daß sich die Ausgaben noch um mehrere hunderttausend Mark erhöhen werden. Es ist nicht möglich, die Ausgaben durch Steuern weiterherangezogen werden. Dreyer (Soz.) fragt, wie es mit dem Vorkommnisse stehe, wo Kinder unter Umgehung der Grundschule in der Mittelschule angemeldet wurden und welche Maßnahmen dagegen getroffen wurden. Senator Kulekamp erwidert, die Oberbehörde habe die Angelegenheit mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Die Aufnahme solcher Kinder gelte nur auf Grund sorgfältiger Prüfung. Die Frage sei zudem strittig, aber die Oberbehörde habe an die Direktion Anweisung gegeben, daß Kinder, die bis zum 30. September 1921 das 6. Lebensjahr vollenden, nach Ablegung einer Prüfung die Reife für die 2. Vorstufenklasse erhalten. Alles andere wird abgelehnt. Es handelt sich nur um wenige Kinder. Herr (Soz.) fordert eine Schulsteuer für kinderlose Eheleute, Jungeltern und Jungfrauen. Bei der Schulgeldfrage müsse man die ländlichen Beamten berücksichtigen, die schon mit hohen Bahnkosten belastet seien. Ambrösius (Dem.) ist ebenfalls dafür, die Lasten nach dem von Herr vorgeschlagenen Grundgesetz zu verteilen. Senator Kulekamp erklärt, die Schulgeldfrage werde demnächst im Reichsschulsausschuß besprochen. Heise (Dem.): Die Fälle von Befreiung von der Grundschule werden sehr scharf geprüft. Es sind nur 5 oder 6 Anträge nach dieser Richtung eingegangen. Die Vorlage wird einem Ausschuß überwiesen. 11. Antrag: Nachbewilligung für die Friedhofsbehörde. Heise (Dem.) wünscht endlich Errichtung von Grabsteinen für die verstorbenen Krieger. Bei der Denkmalaufstellung nach einheitlichem Schema auf dem Vorwerker Friedhof komme die Kunst zu kurz. Die Vesteuerung der Denkmäler auf dem Friedhof müsse einer Revision unterzogen werden. Ambrösius (Dem.) wendet sich gegen die Konkurrenz der Friedhofsbehörde gegenüber den Privathandelsgräbern. Klein (Dem.) fordert bessere Instandhaltung der Gräber auf dem Ehrenfriedhof. Es werde dort auch sehr viel gestohlen. Dreyer (Soz.) regt die staatliche Ausdehnung des ganzen Bestattungswesens an und verweist auf die Bestimmungen der Denkmalaufstellung auf dem Vorwerker Friedhof. Es gebe Privatunternehmer, die die Hinterbliebenen mit ihren Forderungen über die Handen. Ambrösius (Dem.): Eine Ueberverteilung der Leibrägenen ist sicher zu bedauern, aber der Weg, den Herr Dreyer andeute, führe zur Kommunalisierung und verstoße gegen die Verfassung. Heise (Dem.): Die Friedhofsbehörde sollte nur die Verwaltung übernehmen und nicht Unternehmerin werden. Kantik (Dem.) wendet sich gegen die Kommunalisierung des Bestattungswesens. Es wäre eine schwere ethische Schädigung. Dreyer (Soz.): In der Frage der Kommunalisierung werden wir uns niemals einig werden. Wir müssen aber auf die Schaffung von Mitteln für den Staatsfiskus bedacht sein, wenn wir zu gesunden finanziellen Verhältnissen kommen wollen. Dazu bildet die Kommunalisierung auf allen Gebieten ein Mittel. Albers (Dem.) bemerkt, wenn man dem Geschäftsmann die Erverbsquellen verstopfe, würden die Steuerquellen des Staates verstopft. Der Senatsantrag wird angenommen. 12. Antrag: Erhebung weiterer Bestattungsgebühren. Wird angenommen. 13. Antrag: Zuschüsse an Minderbemittelte beim Bezuge von Gas usw. Frau Mengel (Soz.) verwendet sich für die kleinen Rentner zum Gasbezug und fordert insbesondere Entgegenkommen gegenüber den Stiftingsfällen. Senator Hoff verweist auf die schwere finanzielle Notlage der Stifte. Das Wohlfahrtsamt werde so weit wie möglich helfen. Es könne nicht im Willen der Vorsteherchaften liegen, den Stiftingsfällen die Gasochlegenheit zu entziehen. H. Ehlers unterstützt die Ausführungen von Frau Mengel und verweist auf unangebrachte Gasbezugsbeschränkungen im Herrensträßchen in der Krähenstraße. Pape (frakt.): Die Berechnung bei Erleichterung des Gaspreises kann die Betriebsbehörde gleich erledigen. Man spart dadurch Beamte. Senator Hoff betont, das Wohlfahrtsamt sei mit dem notwendigen Material für Bedürftige versorgt. Die beste Art der Hilfe sei reichlich erwogen worden. Der Senatsantrag wird angenommen. 14. Antrag: Staatszuschuß an das Wallenhans. Heise (Dem.) fordert Zurückstellung des Antrages bis zur Erledigung des Voranschlages der öffentlichen Wohlfahrtsanstalten. Die Senatsvorlage wird dem Ausschuß überwiesen, der den Voranschlag prüft. Schluß 8 3/4 Uhr.

„Das nicht!“ „Und doch hat Ihnen Franziska auch das geglaubt! Hatten Sie auch darüber nachgedacht?“ „Ja!“ sagte der Knabe dumpf. „Meine Mutter hat mir stets gesagt, noch wie ich ein kleines Kind war: Reich muß der Mensch sein! Wer arm ist, ist häßlich und gehört ins Spital und stirbt dort!“ „Heinrich Wegener,“ rief ihm der Lehrer zu, seine Stimme bebte, es war die eines Tiefparnigen, „das hat Ihnen Franziska nicht geglaubt, Ihre Kameradin.“ „Sie hat es geglaubt!“ rief dagegen der Knabe mit überreiztem Tone. „Sprich du, Franziska! Hast du es geglaubt?“ Unter allgemeiner Stille sagte das Kind: „Ja! Aber dann nicht mehr, Herr Lehrer!“ „Warum nicht?“ „Eina Blütenstern war nicht häßlich...“ „Hast du das, Kind?“ rief er. „Du müßt noch einem anderen Grund haben, Franziska!“ „Weil Sie es mir verboten, Herr Lehrer!“ sagte das Mädchen, die Augen hell zu ihm aufschlagend. Reiner in diesem Saale, stielte nicht einmal der vorstehende Richter, mochte die rote Blutwelle bemerkt haben, die diese einfache Antwort des Mädchens auf die Wangen des Lehrers gelangt hatte... Dann wandte er sich nochmals an den Knaben. „Heinrich Wegener,“ sagte er zu ihm, „als Sie mir letztens jenen Drohbrief wegen Franziska ins Haus schickten... Sie haben ihn wohl geschrieben, und Sie waren der Verfasser?“ „Ja!“ „Was bezweckten Sie damit? Hatte ich Ihrer ehemaligen Geliebten etwas zuleide getan? Hatte sie durch mich eine Strafe erlitten?“ „Nein!“ „Und doch drohten Sie mir? Allerdings letzte ich mich damals über Ihren kindischen Zorn hinweg... Sprechen Sie! Was bezweckten Sie zu dieser durch nichts gerechtfertigten Drohung gegen einen Mann, der dazu der Lehrer Franziskas war?“ „Das war's eben!“ mochte Heini, die Augen zu Boden senkend, in kaum vernehmbarer Lauten. „Sagen Sie es frei heraus, daß alle Welt es hört!“ rief der Lehrer. „Watum drohten Sie mir?“ „Weil ich nicht leiden mochte, daß jemand anderer... Franziska befehlen sollte... Niemand hat ihr zu befehlen... Sie aber wollten Franziska mit Gewalt zurückhalten... Sie sollte aber immer neben der kleinen Blütenstern auf der Schulbank sitzen... Franziska ist kein Kind mehr.“

„Ihre Erklärung, Heinrich Wegener, genügt mir.“ sagte der Lehrer tief aufatmend, „und dennoch sind Sie mir eine Untertat schuldig.“ Sie befehlten Ihre Kameradin... Sie haben es ja selbst erzählt, es sei die Bestimmung des Volkes, grauam und blutgierig zu sein, denn das sei so seine Natur! Damit haben Sie ihr nun nichts Unrichtiges gesagt, Sie sind von der Wahrheit nicht abgewichen. Warum jedoch betonen Sie mit so großer Heftigkeit, Franziska habe Ihnen das glauben müssen, Sie hätten sie dazu gezwungen, als ob diese Ihre Behauptung sich nicht von selbst verflünde? Zweifelte denn jemand daran? Warum mußten Sie Franziska erst zu diesem Glauben zwingen? Heini schweig. Aber kein Erblaffen bemerke deutlich, daß es die von dem Lehrer gestellte Frage wohl verstand. Nochmals wiederholte Clemens Fittig die Frage. Selbst denen, die auf der Richterbank saßen, mochte die Zuversichtlichkeit, womit der Lehrer gerade auf die Beantwortung dieser Frage hin drängte, als etwas Rätselhaftes, mindestens als ein Ueberstehen des dem Zeugen eingeräumten Rechtes erscheinen. Unruhig bewegte sich namentlich der Staatsanwalt auf seinem grün gepolsterten Bederkessel. „So will ich es Ihnen erklären, Heini Wegener,“ rief der Lehrer, da Sie mir es entweder nicht erklären wollen... aber können... Sie fürchten, ja Sie grübeln stets... aber Sie fürchten den Grund nicht, um Ihre ungeliebte Tat zu beschönigen. Endlich glauben Sie ihn zu finden. Sie dachten: Kann der Wolf blutig und räuberisch sein, bloß weil er keine Begierden befriedigen muß, warum soll mir, dem Menschen, das verwehrt sein? Ich muß ja meine Kameradin schützen, ich muß ihr ja ein goldenes Schmückband umhängen, damit sie schöner sei als die anderen! Darum, löstlicher Knabe, wollten Sie Ihre Geliebte zu Ihrem Glauben zwingen. Ist's nicht so, Heini Wegener?“ Der Knabe blieb unbeweglich, seine Augenwimpern allein verrieten durch ihr leichtes Zucken, daß die Worte des Lehrers Eingang bei ihm gefunden hatten. „Ich wünschte,“ wandte sich der Zeuge wieder an den Richter, „denn ich habe vorläufig genug gehört.“ „Dann hat er leise, in der bereits begonnenen Beleuchtung dieses Falles fortzufahren zu dürfen.“ Der Präsident nickte mit dem Kopfe. „Was ist normalkrank?“ „Wenn man der Definition folge wie Sie das Buch aufstellt, er meine jenes Buch, das er zu keiner eigenen Belehrung vielleich ohne alle Wahl ausgedacht und getraut habe, — so sei man allerdings gar nicht zweifelhaft, woran man sich zu halten habe. Es sei das jene Erbsünde, die es kranklich erscheinen lasse, als jenes Individuum zu einer gewissen Zeit auch wirklich im Vollbesitz des Geistes oder wenigstens eines Teiles dessen sich befand, was man insgesamt die stützliche Reife nennt.“ (Fortsetzung folgt.)

Franzi und Heini.

Geschichte zweier Wiener Kinder von Leopold Kompert.

46. Fortsetzung. Ich wußte es. Du nanntest damals deinen „Freund“ Heini, der dir das beigebracht... Ist's nicht so? Bei welcher Gelegenheit war es doch? „Ich weiß nicht,“ sagte das Mädchen wie schlüfrig. „Heini weiß es vielleicht besser.“ Der Genannte hatte sich rasch erhoben. „Es war unten im Prater,“ antwortete er, ohne erst die Erlaubnis abzuwarten, rasch und ohne Zögern. „Im Prater? Et, da hatten ihr ja ganz andere Gegenstände, die ja viel näher lagen. Waren nicht Ringelspiele rings herum? Holzschienen und anderes mehr? Und dort unter dem Baume beim „silbernen Regel“ eine Votallänglerin, welche wieder lang...“ Der Knabe warf einen seltsam forschenden Blick nach dem Lehrer. „Wir waren in einer Menagerie gewesen und hatten den Wolf gesehen. Dann sprachen wir vom Rotkäppchen,“ sagte er. „Franzi meinte, der Wolf sei ihr unangenehm, weil er die arme Großmutter und dann auch das Rotkäppchen mit Haut und Haaren verschlungen habe. Da sagte ich ihr: Es muß so sein, und der Wolf mußte so handeln, weil er sonst vor Hunger sterben würde.“ „Sie sprachen so aus Widerspruch, vielleich, weil Franz eine andere Meinung war?“ „Nein,“ sagte der Knabe, „sie sollte glauben, was ich glaubte! Sonst gibt es ja keine Kameradenschaft!“ „Und sie hat Ihnen endlich geglaubt?“ „Wie immer!“ rief Heini voll Stolz. „Nach dieser Antwort schaute der Lehrer in seiner Befangenheit zu dem Vorstehenden mit einem Blicke auf, der zu fragen schien, ob er in dem begonnenen Verhöre fortfahren oder dasselbe abbrechen sollte. „Nehmen Sie nur fort!“ rief dieser, der ihn wohl verstanden hatte. „Es ist doch sonderbar,“ begann der Lehrer wieder, sein Wort an den Knaben richtend, „daß Sie gerade das aus dem Buche sich gemerkt haben.“ „Welches Buch? Und was?“ fragte der Knabe. „Nun, ich meine, das mit dem Wolfe? Haben Sie es nicht gelesen?“ Heini antwortete ganz treuherzig: „Es kann sein! Ich habe alle Märchenbücher gelesen...“ „Aber,“ und dann habe ich auch nachgedacht. In der Schule lernt man ja doch nur, was der Lehrer will.“ „Nehmen Sie doch auch, daß alle armen Kinder im Spital sterben?“

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 30. März.

Eine politische Tageszeitung

Ist für jeden Staatsbürger ebenso notwendig wie das tägliche Brot. Es gibt nichts Einfältigeres als politische Grundsatzzlosigkeit. Und doch begegnen wir dieser so oft bei Menschen, die einen solchen Vorwurf höchst erbost von sich weisen würden. Der Prüffleisch eines aufrechten Charakters bilden aber die Quellen, aus denen die politische Ueberzeugung geschöpft und befestigt wird. Wer sich da an die sogenannte unparteiliche Presse hält, wird sich nie zu einer festen Erkenntnis durchringen. Denn trotz allen Geschreis und Wichtigtuerei ist es vornehmste Aufgabe dieser Art Presse, nach allen Windrichtungen zu segeln, seinem Weh zu tun und den eigenen wie fremden Gelbsaft zu schlingen.

Die sozialdemokratische Presse

Ist an diese Rücksicht nicht gebunden. Sie kennt im Streite der politischen Meinungen weder personelle, gesellschaftliche, noch finanzielle Rücksichten. Ihr Lebensmoment ist der Kampf zur Verwirklichung des Sozialismus, ist die Wegbereitung für einen Gesellschaftszustand höchster sozialer und sittlicher Kultur. Der Weg ist lang und schwierig, der Kapitalismus und alle ihm verwandten dunklen Kräfte bereiten die größten Hindernisse. Eines der einflussreichsten bietet seine und die von ihm abhängige Presse. Sie erscheint unter den verschiedensten Masken. Immer freundlich im Gesicht, stets hinterhältig in der Sache; selten sticht sie mit offenem Biss. Die kapitalistische Presse spekuliert auf die Unerfahrenheit und Bergecklichkeit ihrer Leser, überdoppelt sie mit einem Wust von Papier und Nachrichten. Die sozialdemokratische Presse dagegen streitet für Wahrheit und Klarheit, bekämpft die Unmoral der Kapitalistenpresse wo sie ihr habhaft werden kann.

Hier in Lübeck kommt für jeden Politiker nur der

„Lübecker Volksbote“

in Frage. In keinem Hause gewerkschaftlich und politisch organisierter Arbeiter fehlt unser Parteiblatt, in vielen Häusern politisch Andersdenkender hat er sich Eingang und Achtung zu verschaffen gewußt. Ständig vergrößert sich der Leserkreis des „Lübecker Volksboten“, vermehrt sich die Macht und der Einfluß der geistigen Waffe der sozialdemokratischen Partei.

Schwere Zeiten stehen dem deutschen Volke bevor. Die Verleumdung, durch den ungeheuren Druck, der auf unserem Volke lastet, den Lotungen aller Gewalten zu folgen, ist groß. Und doch ist es heute mehr denn je Pflicht jedes Mannes und jeder Frau, einen sicheren Halt zu besitzen. Den finden sie in der gradlinigen Politik der sozialdemokratischen Presse, im „Lübecker Volksboten“, der sie nicht nur über alles Wissenswerte und Notwendige schnell und zuverlässig unterrichtet, sondern der ihnen auch die konsequente Richtung weist. Ein Streiter für Menschenwürde und Menschenrechte seit dem ersten Tage seines Bestehens, wird er auch in Zukunft von der als richtig erkannten Bahn nicht abweichen.

Der „Lübecker Volksbote“ kann auf eine stetig zunehmende Leserschaft hinweisen, er wird sie zu erhalten und zu vermehren wissen. Mit der Zunahme seines Leser- und Interessentenzweises baut der „Lübecker Volksbote“ auch seinen Inhalt und Umfang aus. Diesen auf zeitgemäßer Höhe zu halten, wird Hauptaufgabe der Redaktion und des Verlags sein. Hesse jeder mit, der dazu in der Lage ist, werbe jeder zum Quartalswechsel für die weitestete Verbreitung des

„Lübecker Volksboten“

Bauförderungsbeitrag an den Lübecker gemeinnützigen Bauverein. Die Begründung des am Dienstag von der Bürgerchaft angenommenen Senatsantrages ist von größerem Interesse. Wir geben sie daher wörtlich wieder: Durch die Rat- und Bürgerchaft vom 16. Februar und 20. September 1920 ist dem zwischen dem Lübeckischen Staat, vertreten durch die Baubehörde, und dem Lübecker gemeinnützigen Bauverein am 23. Dezember 1919 abgeschlossenen Vertrage wegen Gewährung eines Baukostenzuschusses zur Errichtung von weiteren 24 Kleinwohnungen auf dem Gelände an der Luisenstraße die Genehmigung erteilt. Der Baubehörde ist hierfür der Betrag von insgesamt 449.124,92 Mark gleich 60 Prozent der Baukosten aus Anleihemitteln zur Verfügung gestellt. Der Bau der Wohnungen ist inzwischen beendet. Die Gesamtkosten belaufen sich nach der der Baubehörde vorgelegten und von ihr geprüften Abrechnung auf 748.541,54 Mk. Somit betragen die von dem gemeinnützigen Bauverein zu verzinsenden Baukosten 299.416,60 Mk. Für die Verzinsung dieser Kosten, Unterhaltung der Wohnungen und für Abgaben sind 7 Prozent zu rechnen. Das ergibt einen jährlich aufzuwendenden Betrag von rund 20.959 Mk., der durch die Mieten aufgebracht werden mußte. Die Mieteinnahmen sind von dem gemeinnützigen Bauverein für die Zweizimmerwohnung auf 500 Mk., für die Dreizimmerwohnung auf 600 Mk. veranschlagt. Sie sind nach dem Erachten der Baubehörde jedoch zu niedrig. Es ist billigerweise zu fordern, daß die Mieten in der gleichen Höhe erhoben werden, wie sie die Finanzbehörde für die neuen Wohnungen des Staates festgesetzt hat. Diese betragen für die Zweizimmerwohnung 550 Mark und für die Dreizimmerwohnung 780 Mark. Danach wird mit folgenden Mieterträgen gerechnet werden können: Miete für sieben Dreizimmerwohnungen zu 780 Mk. gleich 5460 Mk. Miete für sechs Zweizimmerwohnungen zu 550 Mk. gleich 3300 Mk. Miete für eine Ladenwohnung 1250 Mk., zusammen 15.510 Mark. Die Verzinsung der ungedeckten Baukosten u. v. d. a. beträgt nach Obigem 299.416,62 Mk. zu 7 Prozent 20.959 Mk. Es bleibt ein jährlicher Geblbetrag von rund 5450 Mk. Für diesen Betrag der unter Zugrundelegung der zurzeit üblichen Verzinsung von 7 u. 5 mit dem 14. Jächigen Kapitalisiert einen Betrag von rund 77.900 Mark ergibt, hat der gemeinnützige Bauverein aus seinen Einnahmen keine Deckung. Die Baubehörde hat daher beantragt, ihr diesen Betrag zu bewilligen und sie zu ermächtigen, ihn nach den Bestimmungen des Reichsgesetzes über die Gewährung von Beihilfen durch den gemeinnützigen Bauverein zur Deckung seiner Mehrkosten auszugeben.

Umlegung des Grundsteuerzuschlages auf die Miete. Das Einigungsamt schreibt uns: Die Bürgerchaft hat im Einvernehmen mit dem Senat am 28. März ds. Js. die Erhebung eines Zuschlages zur Grundsteuer in Höhe von 1/2 Prozent des gemeinen Wertes angeordnet. Die Erhebung tritt bereits zum 1. April dieses Jahres in Kraft. Das Einigungsamt hatte bereits vorher beschlossen, daß allgemein derartige Erhöhungen der öffentlichen Abgaben anteilweise neben den festgesetzten oder vereinbarten Mieten auf die Mieter sollten umgelegt werden können. Auf Grund dieses Beschlusses darf erwartet werden, daß sich Vermieter und Mieter über die Umlegung des Zuschlages gütlich einigen werden. Die Umlegung wird zweckmäßig im Verhältnis des Mietwertes der einzelnen Wohnungen erfolgen. Auch der Vermieter muß für die von ihm bewohnte Wohnung seinen Anteil tragen. Für die weitaus meisten Mieter dürfte die Zahlung des Zuschlages keine besondere Härte bedeuten, da er durchschnittlich nur etwa 5 Prozent der Miete betragen dürfte. (Dieser Satz konnte sich das Einigungsamt ruhig leisten, denn jede auch die kleinste Mehrbelastung lastet auf den Schultern der Lohnarbeitenden und zwingt zu Einschränkungen bei anderen Notwendig-

keiten. Red.) Der Mieter kann vom Vermieter die Vorlegung von Belegen über die Höhe des gemeinen Wertes verlangen. Weigert er die anteilmäßige Zahlung des Zuschlages, so muß der Vermieter unverzüglich beim Einigungsamt einen Antrag auf entsprechende Mieterhöhung stellen. Da das Einigungsamt die Erhöhung bereits gutgeheißen hat, so ist in jedem Falle zu erwarten, daß dem Antrag stattgegeben wird, so daß dem Mieter durch die Weigerung nur unnötige Kosten entstehen würden.

Theater und Musik.

„Bohème“, Iyrische Oper in 4 Akten von Puccini. Eine Besonderheit Pariser Lebens sind die „Bohemians“ (sprich Bohemians). Sie haufen auf Montmartre (mognonart). Es sind angehende Schriftsteller, Maler, Bildhauer und dergleichen mehr. Geiragen von dem Idealismus zukunftsreicher Jugend nehmen sie das Leben, wie es kommt, und suchen es auf ihre Art zu meistern. Sie halten es mit Torquato Tassos Worten: „Wir könnten's nicht ertragen, hätt' uns nicht den hohen Reichtum die Natur verlehnt.“ Der Ton ist auf „holber Reichtum“ zu legen. Henri Murger (sprich: Mürschür), ein Pariser Schriftsteller, der bereits 1861 in die Gefilde der Seltigen eingezogen ist, hat die „Bohemians“, die Kunstgeuner, in die Weltliteratur eingeführt. Sein vielgelesenes Buch ist unter dem Titel „Jugendleben“ auch in Reclams Universalbibliothek aufgenommen worden. Aus Murgers Schilderungen der Welt der Bohemians haben nun Glucka und Mich vier Szenen herausgegriffen und daraus einen reichlich mit Sentimentalität gewürzten Text für eine Iyrische Oper gestaltet, den dann ihr Landsmann Puccini in stimmungsvolle Musik gesetzt hat. Das deutsche Opernpublikum kennt Puccini ganz besonders von seiner „Madame Butterfly“, her, der Tragödie einer Japanerin, und der blutrünstigen „Tosca“. „Bohème“ (sprich Bohäm) ist zeitlich eher erschienen als die beiden andern Opern; ihr verdankt er seinen Weltruhm. Man darf gut und gerne annehmen, daß es der tragische Unterton und der japanische, erotische Hintergrund in der „Butterfly“ sind, welche die Geschichte von der kleinen Frau Schmetterling auf unseren Opernbühnen weit lebendiger erhalten als die „Bohème“. Denn an musikalischem Gehalt können es die vier Szenen aus dem Leben Pariser Kunstgeuner mit der „Madame Butterfly“ getrotzt aufnehmen. Die Oper hat Iyrischen Schwung. Es ist Puccini gelungen, den ganzen Stimmungsgehalt der Dichtung in Töne von tiefer Wirkung aufzulösen. Dank der pfleglichen Obforge, die Dr. Erdmann von Kuchschabenbach auf die persönlichen Vorgänge verwandt hatte, und dank auch der Liebe, mit der sich Karl Manastadt in die Partitur versenkt hatte, war die Aufführung im Stadttheater von gutem Zuschnitt. Ueberdies gab es auch sonst noch eine angenehme Ueberraschung. Paul Marion sang den schwärmerischen Dichter Rudolph und ließ zum ersten Male erkennen, daß er über einen außerordentlich sympathischen Tenor verfügt, dem es weder an Kraft, noch auch an Kultur und Schönheit gebricht. Auch in seiner Darstellung waren starke Ansätze zum Guten zu entdecken. Hoffentlich gewinnt er in Zukunft mehr Selbstvertrauen zu sich selbst; dann dürften wir von ihm noch mancherlei zu erwarten haben, dessen wir uns herzlich freuen dürfen. Seine Partnerin als Mimt war Doris Rent-Art-Haug. Sie spielte so lieb und sang so schön, daß man Rudolphs schwärmerische Neigung zu dem zarten Geschöpf mit dem Tobestein im Herzen sehr wohl begreiflich fand. Josef Liszewski sang den lebensfrohen Maler Marcel in seiner griffigen Art. Marcell's Freundin Musette gab Elfriede Henri rich led und begehrenswert. Was sonst noch von der Partie war, tat weder mit, um zum Gelingen des Ganzen beizutragen. Das Publikum zeichnete ganz besonders die beiden Träger der Hauptrollen durch starken Beifall aus.

In den Kammerspielen gastierte Sonntag abend in Glubodas Lustspiel „Am Teetisch“ Karin Heimlein vom Nürnberger Stadttheater als Lea auf Anstellung, und zwar für das Fach der Salonbame. Die junge Dame paßte sich auf das beste dem Ensemble an, das aus Karl Heinz Stein, Karl Moran, Kitty Stengel und Max Burghard bestand. Ihr Spiel entbehrte nicht der Bestimmtheit und war auch sonst von recht angenehmen Manieren. Trotzdem wird sich unserer Meinung nach die Dame für das Fach der Salonbame kaum eignen, weil sie keine repräsentative Persönlichkeit ist. Die an und für sich recht sympathische Schauspielerin stellt nicht genug vor und würde schon ganz allein aus diesem Grunde nur für einen kleinen eng begrenzten Kreis von Rollen in Frage kommen.

Lang-Matinee Wera Waldheim. Eine blutjunge Tänzerin, die erst 15jährige Wera Waldheim, legte Montag mittag in einer

Matinee im Stadttheater Proben ihres Könnens vor einem dauerlicherweise nicht gerade allzu zahlreichem Publikum ab. Die Tänzerin kam aus Dresden, doch bestehen wohl noch früher her alte Verbindungen mit Lübeck. Denn ihre Mutter war einst ein hochgeschätztes Mitglied des Wilhelmtheaters, während der Vater ein Seidengeschäft in der Breiten Straße betrieb. Trotz ihrer großen Jugend durfte es die junge Dame wagen, mit einer eigenen Langveranfassung an die Öffentlichkeit zu treten. Sie ist flügge geworden und darf den Wettbewerb mit älteren Konkurrentinnen getroßt aufnehmen. Als natürlicher Schatz kann Wera Waldheim im voraus einen wohl gegliederten Körper ansetzen, der trotz der großen Jugend der Tänzerin bereits jene Rundung der Formen aufweist, welche die Plastik des Tanzes erhöht. Dazu kommt dann noch ein starkes musikalisches Empfinden und ein gewisser natürlicher Rhythmus. In diese günstigen Voraussetzungen brauchte die Schulung nur anzusetzen, um der Tänzerin den letzten Schliff zu geben. Wera Waldheim muß eine gute Ausbildung in der körperlichen Ausdruckskultur genossen haben; denn alle ihre Darbietungen machten durchweg einen trefflichen Eindruck. Am schwächsten war vielleicht die Tarantella, der es an Leidenschaft und Wildheit gebrach. Ihre stärksten Trümpfe spielte Wera Waldheim mit der Schumannschen Lotosblume und der Eilenbergischen Marionette aus. Vor allem in der Lotosblume war die junge Tänzerin ganz ausgezeichnet, hier feierte sie ihren größten Triumph. Das war nichts weniger als eine reine, reißlose Verkörperung von Heinrich Heines bekanntem köstlichen Gedicht aus dem Iyrischen Intermezzo. Die gefanzte Geschichte von der Lotosblume, die sich ängstigt vor der Sonne bückt und mit gesenktem Haupte träumend die Nacht erwartet, sie duftet und weinet und ätzert vor Liebe und Liebesweh. Ein düstiges Rästüm, das der Lotosblume angehängelt war, erhöhte noch den intimen Reiz. Auch in den übrigen Tänzen zeigte sich eine hohe Kultur. Die junge Tänzerin wird ihren Weg schon machen. Wir wünschen ihr viel Glück auf dem dornenvollen und stark bevölkerten Wege. Der Beifall war jemeitig sehr stark und nahm besonders am Schlusse lebhaft Formen an.

Aus aller Welt.

Raubzüge in Berliner Museen. Zwei ehemalige Kaufleute, Dohm und Klagek, die früher als Warenhausbesitzer tätig waren, hatten nach ihrer Entlassung aus der Strafanstalt ihre Spezialität gewechselt und sich auf den Museumsdiebstahl gelegt. Sie suchten zunächst das Museum für Völkerverkunde auf und stahlen dort ein Altertümer, für die sie in Antiquitätengeschäften gute Abnehmer fanden. Nicht weniger als zehnmal wiederholten sie ihren „Besuch“ in diesem Museum, dann betätigten sie sich im Kaiser-Friedrich-Museum. Diese Diebstähle waren so lohnend, daß sie auch Reisen nach auswärtigen unternehmen konnten. Dabei hatten sie zuletzt die Künstlerhalle in Hamburg heimgesucht und dort ein kostbares Gemälde gestohlen. Beide Verhafteten sind überführt und geständig.

Raubüberfall auf ein Pfarrhaus. Drei mit Armeepistolen ausgerüstete Räuber drangen abends in das katholische Pfarrhaus zu Scherlebeck bei Reddinghausen ein. Sie festelten den Pastor Mielche, den Pastor Müller und die Haushälterin mit Gardinen, schürten an Händen und Füßen, schnallten alle drei an Stühlen fest, verbanden ihnen mit Servietten die Augen und durchsuchten alle Behälter nach Geld und Geldeswert. Die Räuber blieben etwa eine Stunde im Pfarrhause. Aus der Kirche stahlen sie die Monstranz.

Einer, der seinen eigenen Tod bekannt gibt. Vor einer Woche erschien in der „Hagener Zeitung“ eine Todesanzeige, nach ein 43jähriger Krankenwärter plötzlich an Herzschwäche gestorben sein sollte. Tatsächlich ist der Tod des Betreffenden erst einige Tage später erfolgt, und zwar fand man seine Leiche auf einem Aort des Dortmunder Hauptbahnhofes. Wie sich jetzt herausstellte, hatte der Sonderling seine Todesanzeige selbst verfaßt. Man darf wohl annehmen, daß er den Herzschlag, dem er erliegen ist, durch Einnahme von Gift selbst verursacht hat.

Mordgeheimnis nach fünf Jahren. In Greiz wurde der Dänker Weckel aus Jegenitz unter dem Verdacht verhaftet, im Jahre 1916 ein Schulmädchen ermordet zu haben. Beim Volaterrmin an der Mordstelle gab der Verhaftete nicht nur diesen Mord an, sondern gestand, vier weitere Morde an Mädchen in Leipzig, Blauen und anderen Orten und einen Mord an einem Knaben bei Blauen verübt zu haben.

Ausbruch des Vulkans Stromboli. Das Vulkanische Observatorium in Rom teilt mit, daß sich nach den letzten Berichten der vulkanischen Station in Stromboli der dortige Vulkan in voller Eruption befindet. Der Berg ist in Rauchwolken gehüllt und namentlich aus den oberen Kratern entkeilen unter heftigen Explosionen giftige Gase. Außerdem wird ein starker Steinregen beobachtet.

Wirtschaft.

Rückgang des amerikanischen Außenhandels.

4 Millionen stillgelegten Schiffsraumes, 4 Millionen Arbeitslose, die Lagerdüppen der großen Häfen überfüllt mit unerkäuflichen Warenvorräten im Schätzungswerte von 3-4 Milliarden Dollar — das sind die äußeren Zeichen der großen amerikanischen Wirtschaftskrisis. Noch im September v. J. gläubte die Union anlässlich der Brüsseler Finanzkonferenz selbstbewußt erklären zu können, Europas Angelegenheiten seien nicht seine Angelegenheiten, die alte Welt müsse sich selbst aus den Wirrnissen, in die sie der Weltkrieg gestürzt habe, zu helfen suchen. Heute denkt man wenigstens in den Kreisen des Wirtschaftslebens erheblich anders. Die Woge der allgemeinen Weltwirtschaftskrisis geht nun auch über die Vereinigten Staaten hinweg. Allen Völkern beginnt der Atem auszugehen, die internationale Absatzförderung erweist immer neue Gebiete der Produktion. Die Rohstoffländer sitzen auf ungeheuren Vorräten, weil die Industrieländer die daraus herzustellenden Fertigwaren nirgends unterzubringen vermögen. Dabei bleibt der Beschäftigungsstand vieler Weltvölker um ein Erhebliches hinter dem Vorkriegsstand zurück. Kann hatten sich die Verhältnisse des internationalen Wirtschaftsverkehrs durch den Wiedereintritt Deutschlands in den Weltmarkt etwas zu klären und zu festigen begonnen, so erreichte es der Rat der Londoner Weltbank, daß neue Unruhe in die Welt gebracht wurde. Sie werden aber ihrer Beschäfte gewiß nicht recht froh werden und die merkantile Not wird die größte heutige Handelsmacht, die Vereinigten Staaten, zum Eingreifen zwingen. Die kürzlich veröffentlichten Ziffern der Außenhandelsbewegung haben auch den unbekanntesten Mann Street-Mann aus seiner Ruhe aufgeschreckt. Es ist nicht mehr zu leugnen, die Union läuft Gefahr, in steigendem Maße ihren ungeheuren Wirtschaftsansatz leer laufen lassen zu müssen, weil die Nachfrage nach amerikanischen Erzeugnissen in besorgniserregender Weise zurückgeht. Vergleichen mit dem Dezember 1920 zeigt die Ausfuhr nach den einzelnen Ländern im Januar folgende Unterschiede:

nach:	Dezember 1920 (Mill. Dollar)	Januar 1921 (Mill. Dollar)	Zu- bzw. Abnahme (Mill. Dollar)
Deutschland	59	49	-10
England	139	111	-28
Frankreich	39	35	-4
Italien	32	28,4	-3,6
Spanien	17	15	-2
Brazillen	19	14	-5
Argentinien	23	24	+1
Chile	7,4	6,3	-1,1
Uruguay	3,2	3	-0,2
Kanada	62	54,4	-7,6
China	14	12,6	-1,4
Japan	18,4	23	+4,6

Mit Ausnahme von Argentinien und Japan zeigt sich also ein Rückgang auf der ganzen Seite! Insgesamt verminderte sich im Januar die amerikanische Einfuhr von 266 Mill. Dollar im letzten Monat des vorigen Jahres auf 209 Mill. Dollar im Januar 1921 und die Ausfuhr von 720 Mill. auf 655 Mill. Dollar! Beim Geldbeutel hört aber bekanntlich gerade im Dollarland die Gemütslichkeit auf. Die Vereinigten Staaten werden sich also wohl oder übel mit den wirtschaftspolitischen Entscheidungen der alten Welt befassen müssen.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 29. März.			
Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.			
	29. März.	24. März.	
Holland	100 fl.	2200	2178
Kopenhagen	100 Kr.	1120	1087 1/2
Stockholm	100 Kr.	1482 1/2	1457 1/2
Kristiania	100 Kr.	1027 1/2	1012 1/2
Helsingfors	100 Finn. Mk.	163 1/2	167 1/2
Schweiz	100 Frs.	1097 1/2	1082 1/2
Wien (alt)	100 K.	—	—
do. (neu)	100 K.	16	16 1/2
Budapest	100 K.	19 1/2	22 1/2
Prag	100 K.	82 1/2	82 1/2
Spanien	100 Pesetas	900	882
London	1 £	249 1/2	246 1/2
Paris	100 Frs.	442	442
Belgien	100 Frs.	462	461
Italien	100 Lire	287 1/2	284 1/2
Bukarest	100 Lei	—	—
N. York telegr. Ausz. 1 Doil.	—	68 1/2	68 1/2
do. briell. Ausz. od. Scheck	—	68 1/2	68 1/2

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelommen am 29. März 1921.

Dampfer	Segler	Schiffname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrtzeit	Tage	Stk.
D.	S.	Irana	Flemann	Stockholm	2		
D.	S.	Iduna	Rohls	Natshorn	8		
D.	S.	Düffan	Carlsson	Kopenhagen	18		